IMT Nuremberg Archives

H – 1871

International Court of Justice

H1871 - 0002

Nürnberg, den 12. Juni 1946

B e s t ä t i g u n g

Ich bestätige, dass die anliegenden Auszüge aus dem Werk

"Schulthess' Europäischer Geschichtskalender",
herausgegeben von Ulrich Thürauf,
Neue Folge. Neunundvierzigster Jahrgang
Der ganzen Reihe 74. Band, 1933
C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
München 1934

richtig abgeschrieben sind.

Das Werk ist in der Universitäts-Bibliothek in Erlangen vorhanden.

(Dr. Kubuschok)

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
~~U.S. Papers~~ Exhibit 9
Filed June 24, 1946

Aus: Schulthess'

26

Europäischer Geschichtskalender

Herausgegeben von Ulrich Thürauf

Neue Folge. Neunundvierzigster Jahrgang

Der ganzen Reihe 74. Band

1933

C.H.Beck'sche Verlagsbuchhandlung
München 1934.

4.Jan. Zusammenkunft Hitlers mit dem ehem.Reichskanzler v.Papen in Köln.

. . . . Herr v.Papen läßt loyaler Weise der Reichsregg. alsbald eine Mitteilung über seine Unterredung mit Hitler zukommen.
Die natsoz.Par[illegible]orrespondenz teilt in einer kurzen Notiz mit: Die Unterredung habe anläßlich der Durchreise Hitlers zum Wahlkampf in Lippe im Hause eines Freundes der NSDAP. in Köln stattgefunden. Es habe sich lediglich um eine zwanglose Unterhaltung über die politischen Vorgänge der letzten Wochen gehandelt. - P a p e n erklärt gegenüber dem Düsseldorfer Vertreter des Conti-Büros: Wie mir mitgeteilt wird, knüpft ein Teil der Berliner Presse an die Meldung über meine Aussprache mit Hitler Kommentare, die frei erfunden sind, so insbesondere die Darstellung, als ob die Unterredung eine Spitze gegen den Reichskanzler oder die gegenwärtige Regg. gehabt habe. Das Gegenteil ist der Fall. Die Aussprache hat sich ausschliesslich um die Lösung der Frage gedreht, der schon die Arbeit des letzten halben Jahres gewidmet war, die Frage der Eingliederung der NSDAP. in eine nationale Konzentration.
Alsbald erfolgt noch nachstehende der Öffentlichkeit übergebene, gemeinsame Erklärung des natsoz.Parteiführers Adolf Hitler und des Reichskanzlers a.D.v.Papen: "Gegenüber unrichtigen Kombinationen, die in der Presse über das Zusammentreffen Adolf Hitlers mit dem früheren Reichskanzler von Papen vielfach verbreitet werden, stellen die Unterzeichneten fest, daß die Besprechung sich ausschließlich mit den Fragen der Möglichkeit einer großen nationalen politischen Einheitsfront befaßt hat, und daß insbesondere die beiderseitigen Auffassungen über das zur Zeit amtierende Reichskab. im Rahmen dieser allgemeinen Aussprache überhaupt nicht berührt worden sind. gez. Adolf Hitler, gez. v.Papen."
Frhr. v. S c h r ö d e r übergibt gleichzeitig zur Richtigstellung falscher Pressenachrichten dem Conti-Büro folgende Erklärung: Die Initiative, eine Aussprache zwischen dem ehemaligen Reichskanzler v.Papen als dem Repräsentanten weitester nationalkonservativer Kreise und Herrn Hitler als dem alleinigen Führer der natsoz.Bewegung herbeizuführen, ist einzig und allein von mir persönlich ausgegangen. Der Zweck war, in einer solchen vertraulichen Aussprache den Boden für eine Verständigung aller nationalen Kräfte wieder zu suchen, der mir in den politisch aufgeregten Zeiten der letzten Monate immer mehr verloren zu gehen schien. Nichts anderes war die Absicht, und über nichts anderes ist die Unterhaltung geführt worden.

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
v. Papen Exhibit 9
Filed June 14/46

H1871 - 0003

9.Jan. Aussprache zwischen Reichskanzler v. Schleicher und v.Papen.

Laut einem amtl.Kommuniqué ergab die Aussprache die völlige Haltlosigkeit der in der Presse aus der Begegnung v. Papens mit Hitler gefolgerten Behauptung über Gegensätzlichkeiten zwischen dem Reichskanzler und Herrn v.Papen. - Die "DAZ." bemerkt hierzu u.a.: Die amtl.Mitteilung legt begreiflicherweise den Nachdruck auf Umstände, die an sich weniger wichtig sindals der tatsächliche politische Inhalt der Gespräche. Daß in einzelnen Parteizeitungen v.Papen die Absicht nachgesagt wurde, er habe durch die Aussprache mit Hitler v.Schleicher Schwierigkeiten machen und die Bildung einer neuen Regg. anbahnen wollen, mußte von vorn herein als abwegig erscheinen; . . . .

11.Jan. Reichskanzler v.Schleicher empfängt den Parteiführer der D.Vp. Dingeldey.

11.Jan. Konflikt zwischen Reichsregg. und Reichslandbund.

In einer am Vormittag des 11.Jan. abgehaltenen Sitzung nimmt der Bundesvorstand des Reichslandbundes eine Entschl.an, in der er äußerst scharf gegen die Haltung der Reichsregg. in den agrarpolitischen Fragen polemisiert. Dieselbe beginnt mit der Behauptung, daß die Verelendung der Landwirtschaft, insbesondere der bäuerlichen Veredelungswirtschaft "unter Duldung der derzeitigen Regg. ein selbst unter einer rein marxistischen Regg. nicht für möglich gehaltenes Ausmaß" angenommen habe und daß die "Ausplünderung der Landwirtschaft zugunsten der allmächtigen Geldbeutelinteressenten der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten" andauere. . . . .

. . . . Am 12.Jan. beschließt das Präs. des L a n d b u n d e s eine neue scharfe Erklärung gegen die Reichsregg., in der es u.a.heißt: Die Mitteilung der Reichsregg. enthält wesentliche Lücken und Unrichtigkeiten. Die Verzweiflung und Verbitterung des deutschen Landvolks zum Ausdruck zu bringen, ist selbstverständliche Pflicht des Bundesvorstandes gewesen. Die beim gestrigen Empfang gemachten Ausführungen des Reichslandbundes haben der beanstandeten Entschl. in jeder Beziehung entsprochen und sind durch Einzelheiten erweitert worden, die einen tiefen Eindruck auf den Reichspräs. gemacht haben. Der Abbruch der Beziehungen erscheint lediglich als ein Versuch, sich der Verantwortung, die die Reichsregg. gegenüber dem landwirtschaftlichen Berufsstand hatte, zu entziehen, um im Dunkel der Regierungskonklaven ihren bisherigen verhängnisvollen wirtschaftspolitischen Weg fortzusetzen. Der Abbruch der Beziehungen ist ein Beweis dafür, daß die Reichsregg. den Notruf des Landvolkes nicht hören will oder völlig die wahre Sachlage verkennt. . . . .

H1871 - 0004

12. Janr. In Lippe findet eine Zusammenkunft zwischen Hitler und Gregor Straßer statt.

. . . . Gleichzeitig wird erst jetzt bekannt, daß der Reichspräs. in der Vorwoche Gregor S t r a ß e r zu einer Aussprache empfangen hat. Straßer verfolgt anscheinend die Absicht, sich einstweilen zurückzuhalten; nur im Falle eines unvermutet raschen Konfliktes zwischen Hitler und der Reichsregg. Schleicher würde wohl Straßer eine besondere Rolle spielen. Offiziös wird erläuternd hinzugefügt: Die Unterredung habe lediglich den Zweck verfolgt, den Reichspräs. über die Persönlichkeit des politisch jetzt so vielgenannten Straßer zu orientieren.
. . . .

13.Jan. Reichskanzler v.Schleicher empfängt den dnat. Parteiführer Dr. Hugenberg zu einer Aussprache.

14.Jan. Der Reichspräs. empfängt Dr. Hugenberg.

15.Jan. (Lippe) Landtagswahlen.

Ergebnis: Natsoz. 38 844 St. = 9 (1929: 1)Sitze; Dnat. 5923 = 1(3); Dtsch.Vp. 4 352 = 1 (3); Ztr. 2 531 = 0; Soz. 29 735 = 7 (9); Komm. 11 626 = 2 (1); Ev.Vd.4 510 1 (-); - Die Natsoz., die bei den Reichstagswahlen am 31.Juli 32 in Lippe 42 280 und am 6.Nov. 3233 038 St. erhielten, haben sich sonach wieder erholt; die Reichspressestelle der NSDAP. erklärt daher u.a.: Der Wahlsieg der NSDAP. widerlegt nicht nur überraschenderweise die gegnerischen Behauptungen von dem Rückgang der natsoz. Bewegung, sondern ist auch der Beweis dafür, daß die Stagnation der NSDAP. völlig überwunden ist, und daß eine neue Aufwärtsentwicklung der Bewegung nun begonnen hat. Die Partei wird alle faulen Kompromisse, die der Stärke der Bewegung nicht entsprechen, ablehnen müssen. Das Wahlergebnis hat auch für die interne Lage der NSDAP. seine Bedeutung, insofern als die Trennung Hitlers von Straßer die von manchen erwartete Schwächung der Partei nicht zur Folge hatte. Die Chancen Straßers, dessen Ernennung zum Vizekanzler bereits als beschlossene Sache hingestellt wurde, sind vielmehr gesunken.

16.Jan. Reichskanzler v.Schleicher empfängt Prälat Dr. Kaas, den Vors. der Zentrumspartei, zu einer längeren Aussprache.

. . . . Was die Mutmaßungen über eine Kabinettsumbildung betrifft, so wird in Regg.kreisen die Fiktion aufrechterhalten, eine Zusammenfassung Straßer=Hugenberg=Stegerwald sei trotz der Schwierigkeiten, auf die diese Pläne zweifellos gestoßen seien, durchführbar. Geheimrat Hugenberg soll die Bedingung gestellt haben, daß eine mindestens einjährige ungestörte Tätigkeit innerhalb des Kab. gesichert sein müsse.

H1871 - 0005

17.Jan. Unterredung Hitler-Hugenberg.

Hitler trifft, von Weimar kommend, wo er am Abend vorher eine Zusammenkunft mit Straßer gehabt hat, in Berlin ein und hat mit Dr.Hugenbergeine Aussprache, die vor allem der Frage gegolten haben soll, ob eine gemeinsame Oppositionsstellung oder eine gemeinsame Regierungsfront möglich wäre.

20.Jan. (Reichstag, Ältestenrat) Die Einberufung des Plenums,

die für den 24.Jan. vorgesehen war (S.5), wird verschoben und zwar bis zum 31.Jan.; doch beschließt der Ältestenrat gleichzeitig sich am 27.Jan.nochmals zu versammeln. Das Bemühen der Regg., die Klärung ohne weiteren Verzugherbeizuführen und dann zu den entsprechenden Maßregeln überzugehen, zunächst zur Auflösung des Reichstags, ist also nicht durchgedrungen. In der Sitzung unternahmen zunächst die Natsoz. einen Vorstoß in der Richtung auf die Vertagung des Konflikts. Sie beriefen sich dabei auf die Tatsache, daß der Etat noch nicht vorliege; erst bei der Etatsberatung, die das vornehmste Recht des Parlaments darstelle, müßten die politischen Entscheidungen gefällt werden. Demgegenüber trat das Ztr. für eine Verschiebung des Reichstagszusammentritts nur um eine Woche ein. Auch andere Parteien, darunter die Dnat., machten geltend, daß man dem Wunsche einer großen Partei nicht zuwider handeln könne. Staatssekr. P l a n c k erklärte namens der Reichsregg., daß diese es nach wie vor im Interesse der politischen Beruhigung des Landes und seiner wirtschaftlichen Gesundung für dringend erforderlich halte, die politische Lage möglichst bald unzweideutig zu klären. Der Etat könne so bald nicht vorgelegt werden. Die sachlichen Gründe dafür habe der Reichsfinanzmin. im Haushaltsausschuß schon dargelegt. Wenn der Reichstag noch eine Frist von einer Woche dazu benutzen wolle, die Mehrheitsverhältnisse im Parlament einwandfrei festzustellen, so vermöge sich die Reichsregg. dem nicht zu widersetzen. Sie selbst sei naturgemäß an derartigen Verhandlungen nicht interessiert. - Der wahre Grund für die Verschiebung des Reichstagszusammentritts besteht darin, daß noch einmal Verhandlungen über eine politische Mehrheitsbildung geführt werden sollen. (Dazu erklärt nachher, am 24.Jan., die "Germania": Der Vertagungsantr. habe ursprünglich keineswegs in der Absicht der Ztr.sfraktion gelegen. Er sei gestellt worden, "nachdem am Mittag auf ausdrücklichen Wunsch des Reichskanzlers zwischen ihm und der Ztr.sfrakt. eine nochmalige Aussprache stattfand, in der die theoretische Möglichkeit gewisser parlamentarischer Lösungen erörtert und ein Versuch in dieser Richtung offenbar sympathisch bewertet wurde".) Bei den genannten Besprechungen sollen die Natsoz.die Führung haben und den Versuch unternehmen, die Ende 1932 gescheiterte Zusammenfassung aller Gruppen von den Natsoz. bis zum Ztr. zu einer Mehrheitsfront zustande zu bringen. Die Führung dieser Verhandlungen, an denen die Reichsregg. Schleicher vollkommen unbeteiligt ist, liegt bei Hitler. Für den Fall, daß es am 31.Jan. zur Einberufung des Reichstags und dann zum Konflikt zwischen Regg. und Reichstag kommt, oder auch für den andern Fall, daß dieser Konflikt durch andere Ereignisse ausgelöst wird, ist zunehmend mit der Verhängung des mehrfach erörterten Staatsnotstands zu rechnen. Die Regg. würde dann den Reichstag auflösen und die Neuwahl für zum Frühherbst aussetzen.

H1871 - 0007

21.Jan. Die dnat. Reichstagsfraktion kündigt dem Kab. Schleicher offene Opposition an.

Die Entschl., deren hauptsächlichen Inhalt sie dem Reichskanzler mitteilt und die sie am 24.Jan.veröffentlicht, hat folgenden Wortlaut:
"Die Reichstagsfrakt. der Dnat.Vp. ist der Auffassung, daß eine grundsätzliche Entscheidung in einer Reihe von Lebensfragen der Nation, insbesondere eine durchgreifende Lösung der schwebenden Wirtschaftsfragen erforderlich ist, um der unerträglichen sozialen Not zu steuern. Dazu muß in erster Linie eine vollständige Neubildung des Kab. erfolgen, um die erforderliche Schlagkraft und Einheitlichkeit der Regg.sführung und zwar namentlich der Wirtschaftspolitik sicherzustellen. Die wachsende Notlage und die wachsende Erbitterung im Volke verlangt Klärung. Allzulange dauern jetzt schon die mit der Demission des Papen-Kab. begonnener Verhandlungen und Besprechungen in Berlin, um noch Verständnis im Volke zu finden. Die Politik des Hinhaltens und Zauderns stellt alle Ansätze einer Besserung in Frage. Die an sich schon so großen Gegensätze im Lande vertiefen sich immer weiter. . . . .

22.Jan. Reichstagspräs. Göring spricht in Dresden und richtet außerordentlich scharfe Angriffe gegen den Reichskanzler v.Schleicher. . . . .

23.Jan. Reichskanzler v.Schleicher hält dem Reichspräs. Vortrag über die politische Lage. . . . .

25.Jan. Die Reichsregg. beantwortet die dnat. Kampfansage

In einer offiziösen Erklärung kündigt sie an, daß sie die dnat.Kundgebung "bei Gelegenheit" offiziell beantworten werde. Im übrigen enthalte die dnat. Entschl.nichts Positives, ganz augenscheinlich sei sie die Quittung darauf, daß Reichskanzler v.Schleicher eine einseitige Umbildung des Reichskab. durch Hereinnahme Hugenbergs verweigert habe. Das Bestreben, vor allem eine Änderung in den wirtschaftlichen Ressorts herbeizuführen, werde aus dem Wortl. der Entschl.erkennbar. Von den Einzelheiten der Entschl. empfindet die Regg. offenbar als besonders unfreundlich die Bemerkung über die "allzu langen Verhandlungen", der sie die Feststellung entgegensetzt, daß sie seit dem letzt. Freitag von allen Besprechungen der Parteien ausdrücklich abgerückt sei. . . . .

26.Jan. Annäherung unter den Gruppen der Harzburger Front

Eine Flut von Gerüchten, von der Presse gedeutet als konzentrischer Angriff der Rechtsopposition gegen das Kab. Schleicher, löst eine allgemeine Panik in den politischen Kreisen aus. Auf Grund einer überraschenden Annäherung zwischen Dnat. und Natsoz. wird der bevorstehende Rücktritt der Regg. gerüchtweise angekündigt.

27.Jan. (Reichstag) Der Ältestenrat

beschließt nach ganz kurzer Beratung, daß es beim Zusammentritt des Reichstags am 31.Jan. bleiben soll. Auf der Tagesordnung der ersten Reichstagssitzung nach der zweimonatigen Pause steht die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregg.

Die politische Gesamtsituation ist indes höchst gespannt, die Position der Reichsregg. schwer bedroht, sie hängt davon ab, ob der Reichskanzler vom Reichspräs. die erforderlichen Vollmachten erlangt. Bejahendenfalls würde Schleicher den Reichtag wahrscheinlich sofort auflösen, andernfalls käme es zur Gesamtdemission des Kab. . . . .

. . . . Aus der Fülle neuer Gerüchte und Kombinationen hebt sich eine neue Version hervor, die davon spricht, daß im Hinblick auf die Schwierigkeiten einer "Hitler-Lösung" dem Reichspräs. empfohlen werden soll, auf den früheren Reichskanzler v.Papen zurückzugreifen und ihm den Auftrag zur Bildung einer Regg. zu erteilen, die den "Staatsnotstand" im großen Maßstabe, also die Ausschaltung jeglicher Wahlen und des Parlaments durchführen würde. Von natsoz. Seite wird jedoch erklärt, daß einem solchen Kabinett kein Natsoz. beitreten würde, und daß es von der NSDAP. aufs schärfste bekämpft werden müßte. . . .

28.Jan. Das Reichskabinett Schleicher wird gestürzt.

Über die entscheidende Unterredung zwischen dem Reichskanzler und dem Reichspräs. wird amtlich folgendes mitgeteilt: "Reichskanzler v.Schleicher erstattete heute dem Reichspräs. Bericht über die Lage und erklärte, daß die gegenwärtige Reichsregg. ihrem Charakter als Präsidialregg. entsprechend im Reichstage ihr Programm und ihre Auffassung nur dann zu vertreten in der Lage wäre, wenn der Reichspräs. ihr die Auflösungsorder zur Verfügung stelle. Reichspräs. v.Hindenburg erklärte, diesem Vorschlage bei der zur Zeit gegebenen Lage nicht entsprechen zu können. Reichskanzler v.Schleicher erklärte hierauf den Gesamtrücktritt der Reichsregg., den der Reichspräs. unter Beauftragung des Kabinetts mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte entgegennahm. . . . .

. . . . Wie die"DAZ" ergänzend berichtet, hat v.Schleicher gegenüber dem Reichspräs. die Auffassung vertreten, daß es zur Lösung der durch die politischen Quertreibereien der letzten Zeit entstandenen Krise drei Möglichkeiten gäbe: Die erste sei die Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregg., die sich aller Wahrscheinlichkeit nach unter Führung Adolf Hitlers verwirklichen lassen würde. Die zweite Möglichkeit sei die Bildung einer auf starke Volksströmung gestützten Minderheitsregg., die wohl ebenfalls nur unter Führung Hitlers, aber mit Unterstützung der übrigen Gruppen der Rechten zu erreichen wäre. Wenn der Reichspräs. seinen Widerstand, den er bisher gegen eine solche Lösung gehabt habe, aufgeben würde, so hätte auch diese Lösung Aussichten auf Erfolg. Die dritte Lösung sei ein Präsidialkab., das wie das jetzige vollkommen über den Parteien stehend und mit keiner der Parteien verbunden, lediglich die Staatsautorität als Sachwalter des gesamten Volkes zu wahren hätte. Einem solchen Präsidialkab. müßten dann aber auch die nötigen Vollmachten gegeben werden, wenn es keine Mehrheit im Reichstage fände. Der Reichskanzler hat geglaubt, vor einer Lösung warnen zu müssen, nämlich - wie ebenfalls offiziös mitgeteilt wird - vor der, daß unter dem Namen eines Präsidialkab. etwa eine Regg. gebildet würde, die tatsächlich nur die Regg. einer einseitigen Parteiherrschaft darstellen würde und dadurch den Angriffen der überwiegenden Mehrzahl des gesamten Volkes ausgesetzt wäre. . . . .

. . . . Von natsoz.Seite wird erneut kategorisch erklärt, daß für die Natsoz. nur eine Regg. Hitler in Frage komme. Alle anderen Lösungsversuche müßten auf das schärfste bekämpft werden. Das gelte natürlich besonders für ein Kab. Papen, aber auch ein Kab. Schacht sei nicht denkbar. . . .

Mittag beruft der Reichspräs. als "homo regius" den Reichskanzler a.D. v.Papen und beauftragt ihn, durch Verhandlungen mit den Parteien die politische Lage zu klären und die vorhandenen Möglichkeiten festzustellen. Von autorisierte Seite wird dieser Auftrag weiterhin dahin ausgedeutet, der Reichspräs.habe Herrn v.Papen gegenüber den Wunsch ausgesprochen, die Lösung zu suchen "im Rahmen der Verfassung und in Übereinstimmung mit dem Reichstag". v.Papen nimmt bereits nachmittags die Fühlung mit dem natsoz. Parteiführer Hitler auf.

30.Jan. Der Reichspräs. ernennt ein neues Reichskab. unte der Führung Hitlers.

In der ersten Mittagsstunde empfängt v. H i n d e n b u r g den natsoz. Parteiführer H i t l e r sowie Reichskanzler a.D. v. P a p e n zu einer längeren Besprechung. Auf Grund derselben wird 12,40 Uhr amtl.folgendes bekanntgegeben: Der Reichspräs. hat Herrn Adolf H i t l e r zum Reichskanzler ernannt und auf dessen Vorschlag die Reichsregg. neu gebildet, es wurden ernannt: Reichskanzler a.D. v. P a p e n zum Stellvertreter des Reichskanzlers und zum Reichskommissar für das Land Preußen; Frhr. v. N e u r a t h zum Reichsminister des Auswärtigen; Staatsmin. a. M.d.R. F r i c k zum Reichsminister des Innern; Genlt. Frhr.v. B l o m b e r g zum Reichswehrmin.; Graf S c h w e r i n v. K r o s i g k zum Reichsmin. der Finanzen; Geheimer Finanzrat M.d.R. H u g e n b e r g zum Reichswirtschaftsmin. und zum Reichsmin. für Ernährung und Landwirtschaft; Franz S e l d t e zum Reichsarbeitsmin.; Frhr.v. E l t z - R ü b e n a c h zum Reichspost- und Reichsverkehrsmin.; Reichstagspräs. G ö r i n g zum Reichsmin. ohne Geschäftsbereich und gleichzeitig zum Reichskommissar für den Luftverkehr. Göring wurde mit der Wahrnehmung der Geschäfte des preußischen Innenmin. betraut. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung, C e r e k e , wird in seinem Amt bestätigt. Die Besetzung des Reichsjustizmin. bleibt vorbehalten. (Später wird der bish.Justizmin. Dr. G ü r t n e r in seinem Amt bestätigt Der Reichskanzler wird noch heute Verhandlungen mit dem Ztr. und der Bayer.Vp. aufnehmen. . . . .

H1871 - 0009

H-1871

V. PAPEN EXH. 9

Filed June 14, 1946
[illegible]
Clerk

V. P A P E N DOK. NR. 9

H1871 – 0010

V. Papen Exh. 9